

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16163

"Bericht zu geplanten "bayerischen Transitzentren""

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16163 vom 29.03.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16945 des SO vom 16.05.2017
3. Beschluss des Plenums 17/17319 vom 21.06.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 106 vom 21.06.2017



Antrag

der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Kathi Petersen, Georg Rosenthal, Susann Biedefeld SPD**

Bericht zu geplanten „bayerischen Transitzentren“

Der Landtag wolle beschließen:

Angesichts des Beschlusses des Ministerrats vom 21. März 2017 wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag mündlich und schriftlich zu den zahlreichen offenen Fragen zu berichten, die die geplante Einrichtung „bayerischer Transitzentren“ betreffen.

Dabei gibt sie insbesondere zu folgenden Fragen umfassend Auskunft:

1. Wann sollen die „bayerischen Transitzentren“ eingerichtet werden?
2. a) Ist über die bereits bekannten Standorte Regensburg, Manching und Deggendorf hinaus die Einrichtung weiterer „Transitzentren“ geplant?
b) Wenn ja, wo?
3. a) Welche Überlegungen haben dazu geführt, dass die Staatsregierung inzwischen offenbar Abstand von den noch im Ministerrat vom 24. Januar 2017 geplanten „grenznahen“ Standorten genommen hat und nun stattdessen auf Einrichtungen „mit guter Anbindung zum Flughafen“ setzt?
b) Gilt diese Festlegung – bezugnehmend auf Frage 2 – auch für weitere mögliche Standorte?
4. a) Sollen die bereits bestehenden Aufnahmeeinrichtungen (insbesondere in Regensburg und Deggendorf) auch weiterhin für Asylbewerberinnen und Asylbewerber unterschiedlicher Bleibeperspektive genutzt werden oder künftig nur noch für solche mit geringer Bleibeperspektive?
b) Falls bei Frage 4a ersteres zutrifft, wie soll dies organisatorisch gelöst werden (z.B. räum-

lich, personell sowie hinsichtlich des Zugangs zu Leistungen und des Umgangs mit möglicherweise neu entstehenden Konflikten zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern)?

4. c) Falls bei Frage 4a letzteres zutrifft, fallen dann die entsprechenden Aufnahmeeinrichtungen ersatzlos weg?
4. d) In beiden Fällen: Welche Vorkehrungen trifft der Freistaat angesichts der erwähnten – teilweise oder vollständigen – Umwidmung der Aufnahmeeinrichtungen zu „Transitzentren“ für den Fall, dass die Aufnahmeeinrichtungen mittelfristig möglicherweise (abhängig von der Entwicklung der Zugangszahlen von Geflüchteten) doch wieder in stärkerem Maße als momentan für Asylbewerberinnen und Asylbewerber unterschiedlicher Bleibeperspektive nutzbar gemacht werden müssen?
5. Inwiefern unterscheidet sich das geplante „Transitzentrum“ in Manching konkret von der bereits bestehenden Ankunfts- und Rückführungseinrichtung?
6. Wie gelangt die Staatsregierung angesichts der in den Fragen 4 und 5 genannten Unsicherheiten zu der Einschätzung, für die betroffenen Kommunen ergäben sich „keine Änderungen“?
7. Wie werden die Kommunen und das in den „Transitzentren“ künftig tätige Personal auf die Umsetzung der hiermit im Zusammenhang stehenden Handlungsaufträge vorbereitet bzw. von der Staatsregierung unterstützt?
8. Mit welcher Auslastung der „Transitzentren“ rechnet die Staatsregierung?
9. Welche durchschnittliche Asylverfahrens- und Rückführungsdauer strebt die Staatsregierung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber an, die in „Transitzentren“ untergebracht sind?
10. a) Ist geplant, zum Zwecke „beschleunigter Asylverfahren“ und „einer zeitnahen Rückführung“ die personellen Kapazitäten der Außenstellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) an den geplanten Standorten zu erhöhen?
b) Falls ja, in welchem Zeitraum und in welchem Maße?
11. Wie will die Staatsregierung sicherstellen, dass in den geplanten „Transitzentren“ ordnungsgemäß

Asylverfahren mit der grundgesetzlich garantierten, sorgfältigen individuellen Prüfung gewährleistet werden?

12. Inwieweit ist für Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die in den geplanten „Transitzentren“ untergebracht sind, eine Reduzierung bzw. Anpassung der im Asylbewerberleistungsgesetz vorgesehenen Leistungen geplant?

13. Wie will die Staatsregierung sicherstellen, dass Kinder, die in „Transitzentren“ untergebracht sind, ihr Recht auf Bildung vollumfänglich wahrnehmen können, und wie will sie gewährleisten, dass Kinderrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention auch darüber hinaus ausreichend geschützt werden (z.B. bezüglich Gesundheitsversorgung und Schutz der Privatsphäre)?

Begründung:

Mit Kabinettsbeschluss vom 21. März 2017 wurde die Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration Emilia Müller beauftragt, das im Ministerrat erarbeitete „Konzept für die bayerischen Transitzentren zeitnah umzusetzen“. Dabei bleibt jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Vielzahl von Fragen noch vollkommen ungeklärt. Diese betreffen rechtliche, aber auch organisatorische, personelle und verfahrenstechnische Aspekte.

So bleibt der – inzwischen bereits mehrfach inhaltlich modifizierte – Begriff der „Transitzentren“ nach wie vor diffus. Eine ausreichende Klärung zahlreicher bedeutsamer Detailfragen ist aber unerlässlich, um sicherzustellen, dass auch Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive den im Grundsatz nicht verhandelbaren Anspruch auf ein faires Asylverfahren und eine im humanitären Sinne angemessene Behandlung erhalten, aber auch um den sozialen Frieden im Freistaat nicht aufs Spiel zu setzen. Zudem ist darauf zu achten, dass die flüchtlingspolitische Strategie der Staatsregierung im Einklang mit derjenigen der Bundesregierung stehen sollte. Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung aufgefordert, zu den genannten Fragen ausführlich und präzise Stellung zu nehmen.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und
Integration**

**Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher,
Ilona Deckwerth u.a. SPD
Drs. 17/16163**

Bericht zu geplanten "bayerischen Transitzentren"

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: **Angelika Weikert**
Mitberichterstatter: **Dr. Hans Reichhart**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 27. April 2017 beraten und **einstimmig** Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 72. Sitzung am 11. Mai 2017 mitberaten und **einstimmig** Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass die Wörter „dem Landtag“ durch die Wörter „im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration“ ersetzt werden.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 16. Mai 2017 mitberaten und **einstimmig** Zustimmung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Kathi Petersen, Georg Rosenthal, Susann Biedefeld SPD**

Drs. 17/16163, 17/16945

Bericht zu geplanten „bayerischen Transitzentren“

Angesichts des Beschlusses des Ministerrats vom 21. März 2017 wird die Staatsregierung aufgefordert, im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familien und Integration mündlich und schriftlich zu den zahlreichen offenen Fragen zu berichten, die die geplante Einrichtung „bayerischer Transitzentren“ betreffen.

Dabei gibt sie insbesondere zu folgenden Fragen umfassend Auskunft:

1. Wann sollen die „bayerischen Transitzentren“ eingerichtet werden?
2. a) Ist über die bereits bekannten Standorte Regensburg, Manching und Deggendorf hinaus die Einrichtung weiterer „Transitzentren“ geplant?
b) Wenn ja, wo?
3. a) Welche Überlegungen haben dazu geführt, dass die Staatsregierung inzwischen offenbar Abstand von den noch im Ministerrat vom 24. Januar 2017 geplanten „grenznahen“ Standorten genommen hat und nun stattdessen auf Einrichtungen „mit guter Anbindung zum Flughafen“ setzt?
b) Gilt diese Festlegung – bezugnehmend auf Frage 2 – auch für weitere mögliche Standorte?

4. a) Sollen die bereits bestehenden Aufnahmeeinrichtungen (insbesondere in Regensburg und Deggendorf) auch weiterhin für Asylbewerberinnen und Asylbewerber unterschiedlicher Bleibeperspektive genutzt werden oder künftig nur noch für solche mit geringer Bleibeperspektive?
b) Falls bei Frage 4a ersteres zutrifft, wie soll dies organisatorisch gelöst werden (z. B. räumlich, personell sowie hinsichtlich des Zugangs zu Leistungen und des Umgangs mit möglicherweise neu entstehenden Konflikten zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern)?
c) Falls bei Frage 4a letzteres zutrifft, fallen dann die entsprechenden Aufnahmeeinrichtungen ersatzlos weg?
d) In beiden Fällen: Welche Vorkehrungen trifft der Freistaat angesichts der erwähnten – teilweise oder vollständigen – Umwidmung der Aufnahmeeinrichtungen zu „Transitzentren“ für den Fall, dass die Aufnahmeeinrichtungen mittelfristig möglicherweise (abhängig von der Entwicklung der Zugangszahlen von Geflüchteten) doch wieder in stärkerem Maße als momentan für Asylbewerberinnen und Asylbewerber unterschiedlicher Bleibeperspektive nutzbar gemacht werden müssen?
5. Inwiefern unterscheidet sich das geplante „Transitzentrum“ in Manching konkret von der bereits bestehenden Ankunfts- und Rückführungseinrichtung?
6. Wie gelangt die Staatsregierung angesichts der in den Fragen 4 und 5 genannten Unsicherheiten zu der Einschätzung, für die betroffenen Kommunen ergäben sich „keine Änderungen“?
7. Wie werden die Kommunen und das in den „Transitzentren“ künftig tätige Personal auf die Umsetzung der hiermit im Zusammenhang stehenden Handlungsaufträge vorbereitet bzw. von der Staatsregierung unterstützt?
8. Mit welcher Auslastung der „Transitzentren“ rechnet die Staatsregierung?
9. Welche durchschnittliche Asylverfahrens- und Rückführungsdauer strebt die Staatsregierung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber an, die in „Transitzentren“ untergebracht sind?

10. a) Ist geplant, zum Zwecke „beschleunigter Asylverfahren“ und „einer zeitnahen Rückführung“ die personellen Kapazitäten der Außenstellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) an den geplanten Standorten zu erhöhen?

10. b) Falls ja, in welchem Zeitraum und in welchem Maße?

11. Wie will die Staatsregierung sicherstellen, dass in den geplanten „Transitzentren“ ordnungsgemäß Asylverfahren mit der grundgesetzlich garantierten, sorgfältigen individuellen Prüfung gewährleistet werden?

12. Inwieweit ist für Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, die in den geplanten „Transitzentren“ untergebracht sind, eine Reduzierung bzw. Anpassung der im Asylbewerberleistungsgesetz vorgesehenen Leistungen geplant?

13. Wie will die Staatsregierung sicherstellen, dass Kinder, die in „Transitzentren“ untergebracht sind, ihr Recht auf Bildung vollumfänglich wahrnehmen können, und wie will sie gewährleisten, dass Kinderrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention auch darüber hinaus ausreichend geschützt werden (z. B. bezüglich Gesundheitsversorgung und Schutz der Privatsphäre)?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen für die einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorgelegte Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweiligen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – CSU-Fraktion, SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Kollegin Claudia Stamm schließt sich dem Votum mit an und stimmt zu.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beratungsangebote zu Eltern geld und Elternzeit ausbauen
Drs. 17/12177, 17/16951 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Angemessene Unterbringung von queeren Geflüchteten in Bayern
Drs. 17/15854, 17/16957 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geodaten kostenfrei nutzbar machen
Drs. 17/16024, 17/17071 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Auch Kunst- und Kulturlehrpfade ermöglichen!
Drs. 17/16134, 17/17161 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Beleghebammen unterstützen
Drs. 17/16140, 17/17158 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU) Hebammenversorgung in Bayern nicht gefährden Drs. 17/16156, 17/17157 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u.a. SPD Bericht zu geplanten „bayerischen Transitzentren“ Drs. 17/16163, 17/16945 (E) [X]

Antrag gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Günther Knoblauch, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD Dezentrale Studienangebote staatlich finanzieren Drs. 17/16168, 17/17162 (A)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Dr. Franz Rieger,
Kerstin Schreyer u.a. CSU
Bayerische Fluchtursachenbekämpfung in Afrika und im Nahen Osten
Drs. 17/16173, 17/17172 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Prof. Dr. Gerhard Waschler,
Ingrid Heckner u.a. CSU
Soziale Berufe zukunftsfest machen!
Drs. 17/16201, 17/17144 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Gudrun Brendel-Fischer, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
Abgabe von Wasserstoffperoxid an Jäger weiterhin ermöglichen
Drs. 17/16320, 17/17077 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD) Wasserarmut in Franken – was macht die Staatsregierung? Drs. 17/16324, 17/17068 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Sofortmaßnahme gegen Lehrermangel an Grundschulen: Einsatz von Realschul- und Gymnasiallehrkräften als Lotse für den Übertritt Drs. 17/16325, 17/17167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Jägern den Zugang zu Wasserstoffperoxid gewährleisten Drs. 17/16344, 17/17076 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderprogramm für Investitionen in umweltschonende Landmaschinen
Drs. 17/16346, 17/17188 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung: Weißbuch zur Zukunft Europas:
Wege zur Wahrung der Einheit in der EU27
Drs. 17/16348, 17/17171 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Konzerthaus-Neubau und Gasteig-Sanierung: Für eine praktikable und kostensparende Lösung für die Musikstadt München
Drs. 17/16351, 17/17163 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Verhängung von Ersatzfreiheitsstrafen bei psychisch Kranken
Drs. 17/16363, 17/17160 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Bericht über neue Verfahren in der Gentechnologie
Drs. 17/16447, 17/17069 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neunjähriges Gymnasium auch für bestehende 5. und 6. Klassen ermöglichen!
Drs. 17/16466, 17/17165 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD
Bericht zu Cum-Ex
Drs. 17/16650, 17/17072 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Beste Bildung – von Anfang an XI –
Qualitätsberatung und -begleitung für die Kindertagespflege
Drs. 17/16653, 17/17004 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes
zur Ausführung der Sozialgesetze und des Aufnahmegerichtes (Drs. 15589) und
die Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Staatsregierung der Fraktionen
der SPD (Drs. 15948) und von Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 16537)
Drs. 17/16806, 17/17002 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie
und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Übertrittsverfahren reformieren –
Lernentwicklungsgespräche statt Übertrittszeugnis
Drs. 17/16828, 17/17166 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vollzug des Ausländerrechts praxistauglich gestalten –
Planungssicherheit für Bayerns Betriebe
Drs. 17/16963, 17/17169

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

26. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Bericht über den Stand der Arbeiten an einem Psychisch-Krankenhilfe-Gesetz
(Psych-KHG)
Drs. 17/16842, 17/16944

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

der den Antrag für erledigt erklärt hat

27. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Bericht zu den Scientology-Vorwürfen im Haus der Kunst
Drs. 17/15819, 17/17140

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

der den Antrag für erledigt erklärt hat